

NBU streichen, Prämien erhöhen

Detailpläne des FL-Sparpakets

VADUZ – Als die FBP die Nichtberufsunfallversicherung (NBU) im Jahr 2003 streichen wollte, machte die VU dagegen mobil. Nun plant Regierungschef Klaus Tschütscher einen neuen Anlauf.

• Michael Benvenuti

Wie sich die Zeiten doch ändern. Im Jahr 2003 beschloss die FBP-Landtagsmehrheit die Abschaffung der NBU – jener «Freizeitversicherung», die in der Schweiz schon im Jahr 1967 gestrichen worden war. An der Urne scheiterte dieses Vorhaben im Frühjahr 2004 aber dann deutlich. Das Volk sprach sich für eine Weiterführung der Subvention aus. Einer der Hauptgründe: Die VU hatte im Abstimmungswahlkampf massiv gegen eine Abschaffung der NBU mobil gemacht. Die Regierung spare am falschen Ort, weil die Abschaffung der Subvention auch Familien mit kleinen Einkommen treffen würde, argumentierten die Roten damals.

«Die Versicherung von Freizeitunfällen sehe ich nicht als primäre Aufgabe des Staates.»



Renate Müssner
zum NBU-Staatsbeitrag

Sechs Jahre nach der Volksabstimmung kommt die Streichung der NBU jetzt wieder aufs Parkett – nun aber ausgerechnet von VU-Regierungschef Klaus Tschütscher. Er sei damals schon für eine Abschaffung gewesen, erklärte Tschütscher seinen Vorstoss, und sei es auch heute noch: «Es ist für mich unbestritten, dass dies nicht mehr in die politische Landschaft passt.» Dass er eventuell gegen die VU-Parteilinie verstossen könnte, stört Tschütscher anscheinend auch nicht: Schliesslich habe er als Regierungschef die Interessen der gesamten Bevölkerung zu vertreten.

Doch wie genau würde sich eine Streichung der NBU-Staatssubvention auf den Steuerzahler auswirken? Wenn man den «Durchschnittsverdienst von 126 000 Franken» (!) herannahme, sei mit rund 660 Franken Mehrkosten pro Jahr und Versichertem zu rechnen, erklärte Regierungsrätin Renate Müssner. Auch sie vertrat gestern übrigens jene Linie, die die FBP bereits vor sieben Jahren vertreten hatte: «Die Versicherung von Freizeitunfällen sehe ich nicht als primäre Aufgabe des Staates.»

Doch wird die VU-Fraktion im Landtag den Antrag auch unterstützen? Dazu wollte sich Fraktionssprecher Peter Hilti auf «Volksblatt»-Anfrage nicht äussern: «Der Landtag wird in drei Wochen über ein Sanierungspaket befinden, welches über alle Ressorts und Themen hinweg Einsparpotenzial aufzeigt.» Er werde deshalb zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussagen über Einzelmassnahmen wie etwa die Streichung des NBU-Staatsbeitrags machen. «Es ist an der Zeit, dass der Landtag zusammen mit der Regierung über Gesamtpakete und grosse Zusammenhänge diskutiert und nicht über Einzellösungen», fordert Hilti.

OKP-Prämien steigen 2011

Während die Streichung des NBU-Staatsbeitrages also noch fraglich ist, wird es 2011 garantiert zu einer weiteren Erhöhung der OKP-Prämien kommen. Wie das «Volksblatt» bereits vor Wochen angekündigt hatte, will die Regierung ihren Zustupf an die Obligatorische Krankenpflegeversicherung kürzen – 2011 um vorerst 3 Millionen auf 54 Mio. Franken. Wie stark dadurch die Prämien für die Versicherten steigen würden, konnte Regierungsrätin Müssner gestern nicht beantworten. Das sei erst im Herbst möglich. Aber die Erhöhung sei auf jeden Fall «verkräftbar».

PS: Laut Experten dürften die Prämien im kommenden Jahr um 8 bis 12 Prozent steigen.

FOTO PAUL TRUMMER



SPARVORHABEN DER REGIERUNG

Projekte	Reduktionsziel		Zeitplan
Laufende und investive Beiträge	50,0 %	80 Mio. Fr.	
KVG	23,0 Mio. Fr.		bis 2015
AHV-Staatsbeitrag	15,0 Mio. Fr.		ab 2012
NBU-Staatsbeitrag	12,5 Mio. Fr.		ab 2012
IHZ	8,2 Mio. Fr.		bis 2015
übrige Bereiche	21,3 Mio. Fr.		laufend
Personalaufwand	9,4 %	15 Mio. Fr.	
Sachaufwand	9,4 %	15 Mio. Fr.	
Finanzzuweisungen	31,3 %	50 Mio. Fr.	
Total	100 %	160 Mio. Fr.	